

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Mittwoch, den 23.06.2021 (öffentlicher Teil)

---

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:00 Uhr  
Ort: Wisentahalle Schleiz, An der Wisentahalle 1, 07907 Schleiz

### **Anwesenheit:**

Anwesend:

#### Landrat

Függmann, Thomas

#### Ausschussmitglieder

Bias, Marco

Feike, Annette

Heidrich, Stefan

Herrgott, Christian

Kleindienst, Wolfgang

Möller, Klaus

Müller, Ronny

Reller, Cynthia

Sinkwitz, Angelika

Thieme, Frederik

#### Beratende Mitglieder

Brügger-Neumann, Karina

Hellmann, Finja

Herrgott, Beate

Hofmann, Nadine

Köhler, Vanessa

Krasser, Ines

Ladwig, Oksana

Leucht, Madlen

Pieter-Junge, Madlen

Thieme, Mandy

#### Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Függmann, Corina

Lange, Katja

Langer, Katharina

Lautenschläger, Yvonne

Nielsen, Katrin

Schmidt, Diana

Gäste

Hanna, Allam, Dr. med.  
Starke, Florian  
Schmidt, Pauline  
Rahaus, Anastasia  
Meinhold, Melanie  
Schwarzer, Marcus  
Seidler, Lilian  
Verl, Victoria

Entschuldigt: Ausschussmitglieder  
Müller, Kristin (private Gründe)  
Neumüller, Alex  
Roßner, Marc (private Gründe)

Beratende Mitglieder  
Beyer, Astrid (dienstl. Gründe)  
Geisler, Astrid  
Kuschick-Büttner, Anja  
Lenk, Thomas  
Marufke, Dieter  
Schröter, Maraike

Mitarbeiter der Kreisverwaltung  
Steinmark, Sandra (Urlaub)

Schriftführerin: Beate Eismann

#### Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2021
2. Wahl des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
3. Begrüßung der Schülervertreter im Jugendhilfeausschuss
4. Erstellung eines Strategiepapiers für die Kinder- und Jugendbeteiligung im Saale-Orla-Kreis  
Vorlage: IV/009/2021
5. Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über die Satzung des Jugendparlaments  
Vorlage: J/027/2021
6. Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung im Saale-Orla-Kreis 2021/22  
Vorlage: J/028/2021
7. Förderung von Einrichtungen und Diensten anerkannter Träger der Jugendhilfe -  
Förderebene 2  
Vorlage: J/029/2021
8. Förderung von Einrichtungen sonstiger Träger der Jugendhilfe- Förderebene 3  
Vorlage: J/031/2021
9. Beschluss über jugendhilferelevante Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes  
"Solidarisches Zusammenleben der Generationen"  
Vorlage: J/026/2021
10. 2. Projektaufruf Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben

11. Anfragen
12. Informationen/Sonstiges

Frau Reller eröffnet die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Unter Hinweis auf die inhaltlichen Zusammenhänge wird von Frau Krasser vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte **TOP 4** (Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über die Satzung des Jugendparlaments und **TOP 5** (Erstellung eines Strategiepapiers für die Kinder- und Jugendbeteiligung im Saale-Orla-Kreis) in der Reihenfolge zu tauschen. Dem o.g. **Änderungsantrag** sowie der **geänderten Tagesordnung** wird **mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme)** zugestimmt.

### **Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2021**

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.  
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich  
bei 3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses am 17.03.2021 (öffentlicher Teil).“

**41-11/2021**

### **Zu TOP 2 Wahl des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses**

Für die anstehende Wahl wird die Sitzungsleitung von der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden an Herrn Landrat Fügmann übergeben.  
Von Herrn Fügmann wird auf die gesetzlichen Grundlagen der ThürKO, der Geschäftsordnung des Kreistages und der Satzung des Jugendamtes hingewiesen.

Von Herrn Müller wird mit entsprechender Begründung für die Wahl als Ausschussvorsitzender Herr Möller vorgeschlagen.

Als Mitglieder der Wahlkommission werden Herr Fügmann, Frau Feike und Frau Eismann benannt.

Die Stimmzettel werden erstellt und verteilt. Darauf folgt die Wahlhandlung mit anschließender Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission.  
Durch den Landrat wird folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben:

Wahlberechtigt: 10 Mitglieder

Zahl der abgegebenen Stimmen: 10

Zahl der ungültigen Stimmen: 1

Zahl der gültigen Stimmen: 9

Auf den Wahlvorschlag für **Herrn Möller** entfallen **7 Stimmen (bei 2 Gegenstimmen)**.

Die Wahl zum Ausschussvorsitzenden wird von Herrn Möller angenommen und sich für das entgegengebrachte Vertrauen bedankt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen damit folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss wählt Herrn Klaus Möller als Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.“

**42-11/2021**

*Pause: 16:20 : 16:30 Uhr*

### **Zu TOP 3 Begrüßung der Schülervertreter im Jugendhilfeausschuss**

Von Herrn Möller werden die Schülervertreterinnen Frau Finja Hellmann und Frau Vanessa Köhler sowie als Stellvertreter anwesend Herr Florian Starke als neue beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses begrüßt.

Die Jugendlichen stellen sich kurz persönlich vor.

### **Zu TOP 4 Erstellung eines Strategiepapiers für die Kinder- und Jugendbeteiligung im Saale-Orla-Kreis Vorlage: IV/009/2021**

Zum Sachverhalt wird von Frau Schmidt zusammenfassend über die vom Thür. Ministerium für Bildung, Kultur und Sport beauftragte Bestandsaufnahme zur Kinder- und Jugendbeteiligung und deren wissenschaftliche Begleitung informiert.

In diesem Zusammenhang ist in der Vorbereitungsphase des Akteurstreffens gemeinsam mit den Netzwerkpartnern die Idee entstanden, für den Landkreis ein eigenes Strategiepapier zu erstellen.

In verschiedenen Gremien wurden bereits vorhandene Formate und Methoden bzw. notwendige Schritte erörtert, die es im geplanten Strategiepapier zu vereinen gilt. Als Arbeitsgrundlage soll es in Zukunft allen an Jugendarbeit Beteiligten für die Handlungsweisen dienen.

Beauftragt mit der Erstellung ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie, bei der anteilig eine geförderte Stelle befristet besetzt ist. Für die geplante Orientierungshilfe werden inhaltliche Themenschwerpunkte sowie eine Zeitschiene genannt.

Der als Anlage beigefügte Entwurf wird den Ausschussmitgliedern zur Diskussion gestellt.

Für die in der Grobgliederung genannten Schwerpunkte ergeht von Herrn Kleindienst der Hinweis an die externe Koordinierungs- und Fachstelle, dass keine politische Ausrichtung aufgenommen werden sollte. Aus seiner Sicht wird insbesondere gebeten, bei den besonderen

Herausforderungen die Formulierung „Rechtspopulismus“ zu streichen und besser das Thema „Populismus“ aufzunehmen, um damit die Neutralität zu wahren.

Auf Nachfragen von Herrn Thieme wird von Frau Brünner-Neumann und Frau Schmidt informiert, dass die Kommunen ebenfalls davon partizipieren sollen und damit eine kreisweite Wirkung erhofft wird. Hinsichtlich der befristeten Stelle wird ausgeführt, dass nach Erstellung des Papiers die Verwaltung weiter verantwortlich ist.

Von Frau Seidler wird ergänzt, dass von ihrer Seite die Erstfassung des Strategiepapiers bis Ende des Jahres fertiggestellt bzw. danach weiter evaluiert wird.

Von Frau Reller und Frau Schmidt wird bestätigt, dass mit der heutigen Informationsvorlage ein Prozessvorschlag vorgestellt wurde. Vorgesehen ist eine fortlaufende Prüfung und Fortschreibung des Leitfadens.

Unter Hinweis auf notwendige neue Impulse wird von Frau Brünner-Neumann informiert, dass das Netzwerk jederzeit mit weiteren Akteuren aufgefüllt werden kann. Die Einladungen hierzu erfolgen über Frau Schmidt.

Von Herrn Kleindienst wird die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses angezweifelt bzw. die Verantwortung eher als Aufgabe des Jugendparlamentes gesehen, welches auch Mitglieder für die Prozessbeteiligung entsenden kann. Eine Zustimmung wird von seiner Seite abgelehnt.

Hierzu wird von Frau Lautenschläger, Frau Reller, Herrn Herrgott, Herrn Fügmann, Frau Brünner-Neumann und Frau Krasser Gegenrede gehalten. Es wird auf die Rechtsgrundlagen des Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes, das auch die Kinder- und Jugendbeteiligung beinhaltet, sowie die Zweigliedrigkeit der Jugendhilfe als Bestandteil des Jugendamtes aufmerksam gemacht. Die Verantwortung des Jugendhilfeausschusses ergibt sich auch aus der Zuständigkeit für den betreffenden Teil des HH-Planes. Das vorgeschlagene Verfahren ist so gestaltet, dass keine dauernde Beschäftigung des Jugendhilfeausschusses mit der Thematik erforderlich ist. Einvernehmlich wird die Initiative als positives Zeichen erachtet und auch von allen Engagierten in der Jugendarbeit gebraucht.

**Zu TOP 5    **Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über die  
Satzung des Jugendparlamentes  
Vorlage: J/027/2021****

Zusammenfassend wird von Frau Lautenschläger an den zeitlichen Ablauf von der grundsätzlichen Beschlussfassung des Kreistages zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, der stattgefundenen Auftaktveranstaltung und der daraus entstandenen Initiativen erinnert. Durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie wurde den aktiven Jugendlichen dabei unterstützend zur Seite gestanden. Diese Aktivitäten wurden von den jungen Erwachsenen bereits im Jugendhilfeausschuss, Kreisausschuss und im Kreistag vorgestellt.

Hinsichtlich des Satzungsentwurfes wurde von Frau Lautenschläger selbst in beratender Funktion beigestanden. Der Vorschlag die Satzung der Stadt Jena zu nutzen wurde von den Jugendlichen nach Erkennen der regionalen Unterschiede zwischen kreisfreier Stadt und Flächenlandkreis abgelehnt. Mit realistischer Einschätzung der Ungleichheiten wurde sich gegen die dort praktizierte Wahl bzw. für ein Antragsverfahren ausgesprochen. Auch mit Blick auf die ländlichen Strukturen besteht der Wille, für die Mitarbeit einen anderen Weg als Jena zu gehen, bei dem vom Schülerstatus ausgegangen wird. Das Jugendparlament soll für Interessierte im Alter von 12-28 Jahren offenstehen, um so eine größtmögliche Beteiligung zu

erzielen.

Den Jugendlichen wurden in den Gesprächen die demokratischen Prozesse verdeutlicht und auf die notwendige Zustimmung des Kreistages hingewiesen.

Von Herrn Möller wird an den Antrag der UBV-Fraktion zur Beschlussfassung der Satzung des Jugendparlamentes in Anlehnung an die der Stadt Jena bzw. die Ablehnung des Kreistages erinnert. Aus der Diskussion war zur Begründung hervorgegangen, dass den Jugendlichen die Möglichkeit einer eigenständigen Arbeit gewährt werden sollte.

Zu diesem Sachverhalt wird von Herrn Kleindienst darauf aufmerksam gemacht, dass der o.g. Antrag in Erledigungsfolge des ursprünglichen Grundsatzbeschlusses zu sehen ist.

Verwunderung wird geäußert, dass in der Sitzung des Kreistages kein Entwurf einer Satzung vorlag, dieser aber wenige Tage später zur Versendung der Unterlagen des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung stand.

Da aus seiner Sicht die Zuständigkeit für die Satzung nicht beim Jugendhilfeausschuss liegt, wird von Herrn Kleindienst der **Antrag auf Verweisung** in den Kreisausschuss bzw. Kreistag gestellt. Die umfangreiche **Begründung** wird verlesen, diese wird der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Von Herrn Möller, Herrn Herrgott und Frau Lautenschläger wird auf die vorberatende Arbeit des Jugendhilfeausschusses und die rechtlichen Grundlagen hingewiesen. Auch für den vorliegenden Satzungsentwurf soll in der Diskussion eine Meinung erarbeitet und daraus eine Empfehlung/Ablehnung an den Kreistag ergehen.

Der **Antrag auf Verweisung** in den Kreistag wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses **mehrheitlich (bei 1 Ja-Stimme) abgelehnt**.

Auf die Nachfrage von Herrn Herrgott bezüglich des Eingangs der Dokumente wird von Frau Schmidt erläutert, dass die Vorlage zwar mit Datum 05.07.2021 im Programm angelegt wurde, aber noch verschiedene Abstimmungen bis zur endgültigen Entwurfsfassung erforderlich waren.

Den Vertretern der Jugendinitiative und Frau Seidler/Koordinierungsstelle wird mehrheitlich das Rederecht erteilt.

Frau Meinhold und Frau Verl sprechen sich dafür aus, dass in der heutigen Sitzung evtl. Unklarheiten ausgeräumt werden, damit das Jugendparlament offiziell arbeiten kann und die Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Formulierungen unter § 2 Abs. 7 zur Mitarbeit im Kreistag werden von Herrn Thieme hinterfragt, da diese unschlüssig erscheinen.

Eine Einreichung des Entwurfs beim Thür. Landesverwaltungsamt zur Vorabprüfung wird von Herrn Kleindienst angeregt. Mit der Verwendung der Jenaer Satzung würde ein bereits geprüftes Dokument verwendet werden und damit Zeit gespart. Die Form des vorliegenden Satzungsentwurfes ähnelt aus seiner Sicht der eines Vereines.

Von Frau Seidler wird gebeten, das Engagement der Jugendlichen zu schätzen und einen respektvollen Umgang zu wahren.

Problematisch wird von Herrn Herrgott die unter § 2 Abs. 1 genannte Formulierung hinsichtlich einer Mitwirkung für Jugendliche gesehen, die ihren „Lebensmittelpunkt“ im Landkreis haben. Auch die ergänzenden Erläuterungen zum Begriff werden als zu ungenaue Festlegung erachtet, mit der nur schwierig umgegangen werden kann.

Als sehr kurz wird von Frau Leucht, die Regelung unter § 4 Abs. 1 hinsichtlich der Begrenzung einer Wahlperiode auf 2 Jahre gesehen.

Von Herrn Müller werden die Formulierungen zum Kassenwart (§ 7) und den Ortsgruppen (§ 9) hinterfragt. Hierzu wird von Frau Seidler informiert, dass aufgrund der Rechtsform für die Kassenverwaltung der Paragraf aufgenommen wurde. Mit Beschlussfassung durch den Kreistag werden die Mittel über den Kreishaushalt laufen. Hinsichtlich der Ortsgruppen ist eine Gründung dort geplant, wo regionaler Bedarf besteht.

Von Herrn Thieme wird hinterfragt, welche Personen neben Frau Seidler und Frau Essebieber mit welchen Stundenanteilen an der Unterstützung der Jugendlichen beteiligt sind. Hierzu wird von Frau Brünner-Neumann informiert, dass in verschiedenen Beteiligungsformen wie z. B. auch für das Strategiepapier unterschiedliche Personen mitarbeiten. Es wird eingeschätzt, dass letztendlich alle von der Netzwerkarbeit profitieren. Frau Seidler und die Jugendvertreter bestätigen, dass es sich um Netzwerkarbeit handelt bzw. sehen eher positive Effekte durch die vielfältigen Meinungen.

*Frau Leucht geht 17:30 Uhr.*

Von Frau Nielsen wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei dem genannten Betrag um eine Wunschsumme handelt. Von Frau Seidler wird ergänzt, dass es sich bei der Summe um einen nicht ungewöhnlichen Betrag handelt, der hauptsächlich zur Durchführung von Projekten dienen soll.

Hinsichtlich der Finanzierung wird sich von Herrn Herrgott dafür ausgesprochen, die Angliederung über die Partnerschaft Demokratie leben oder den Jugendfond zu vollziehen, da dort die größte Aussicht einer Unterbringung zu verzeichnen ist. Es wird aber auch erachtet, dass für die nächsten Jahre weniger finanzieller Spielraum im HH-Plan für den Wunsch nach einer Vollzeitkraft und Projekten vorhanden sein wird.

Hinsichtlich der Finanzierung wird von Frau Seidler darauf hingewiesen, dass der Vorschlag hierzu von der Verwaltung ergehen muss.

Aus juristischer Sicht wird von Frau Lautenschläger nochmals auf die Problematik der unsicheren Formulierung „Lebensmittelpunkt“ als Basis für die Mitgliedschaft eingegangen und die Problematik fehlender Kontrollmechanismen dargestellt. Auch die Unterschiede in der Satzung der Stadt Jena hinsichtlich der Mitarbeit in den Gremien werden aufgezeigt bzw. der Wunsch nach Beteiligung in beschließenden oder nichtöffentlichen Sitzungen als schwierig erachtet. Ebenfalls juristisch bedenklich wird gesehen, einen Kreistagsbeschluss über eine Satzung einer Interessenvertretung zu fassen, die kein Gremium des Kreistages ist.

Von den Jugendlichen und Frau Brünner-Neumann wird sich dafür ausgesprochen, dass es das Ansinnen ist, jeden, der sich für demokratische Prozesse einsetzen will, auch zu beteiligen. Ebenfalls soll Jugendlichen, die den Landkreis zum Studium etc. verlassen haben, die Chance für eine Mitarbeit gegeben werden.

*Herr Bias und Herr Dr. Hanna gehen um 17:45 Uhr.*

Mit Blick auf die angesprochenen offenen Fragen wird von Frau Nielsen vorgeschlagen, die Punkte zu überdenken und die Einbringung der Vorlage in die Sitzung des Kreistages im Oktober zu verschieben.

Zur Möglichkeit der Beratung im Begleitausschuss hinsichtlich der Finanzierung wird von Herrn Herrgott der geplante Sitzungstermin genannt und eine Terminierung der nächsten Ausschusssitzung des Jugendhilfeausschusses erst in dessen Folge angeregt.

Unter Hinweis auf den weiteren Bedarf an Erörterung wird von Herrn Herrgott der **Antrag auf Vertagung** in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses gestellt, dem wird **einstimmig zugestimmt**.

*Frau Reller geht 18:00 Uhr.*

## **Zu TOP 6 Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung im Saale-Orla-Kreis 2021/22 Vorlage: J/028/2021**

Anhand eine Präsentation werden von Frau Schmidt die Schwerpunkte des Bedarfsplanes für die Kindertagesbetreuung wie folgt erläutert:

Allgemein wird über die Notwendigkeit der jährlichen Erstellung als Planungsinstrument mit dem Ausweis der Kita-Einrichtungen nach Plätzen und Gemeinden informiert.

Inhaltsschwerpunkte sind insbesondere die Kindergärten und Tagespflegestellen des Landkreises sowie deren Plätze, das Wunsch- und Wahlrecht, das Angebot für Kinder mit (drohender) Behinderung und teilweise Plätze für Grundschüler.

Für die Bedarfsermittlung wurde die Geburtenentwicklung nach erfolgter Abfrage bei den Einwohnermeldeämtern und Statistiken herangezogen. Die gesetzlichen Grundlagen des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung werden erläutert und die Prognose der zum Stichtag gemeldeten Kinder mit Bedarf genannt. Weitere Erläuterungen erfolgen zu den im Anhang beigefügten umfangreichen Zahlenwerk zur den Kindern mit Rechtsanspruch, der voraussichtlichen Belegung zu bestimmten Stichtagen, der Betreuungsquote, der Abfrage der Wohnsitzgemeinden und den Angaben zur Betriebserlaubnis.

Es wird eingeschätzt, dass von einer unveränderten Versorgungssituation im Vergleich zum Vorjahr auszugehen ist und anhand von Folie die Zahlen der Kindertagesstätten, der vorhandenen Plätze lt. Rahmenkapazität sowie die Plätze für behinderte Kinder im Landkreis genannt. Ebenfalls dargestellt werden die vorhandenen Tagespflegestellen mit den Plätzen sowie die zur Verfügung stehenden Plätze zur Hortbetreuung, die aber vorrangig an den Grundschulen erfolgt. Eine zusätzliche Betreuungsmöglichkeit für Kinder mit (drohender) Behinderung besteht auch in den Regeleinrichtungen, von denen in Fällen von Entwicklungsverzögerungen mit dem Team Frühpädagogik beratend zusammengearbeitet wird.

Weiter beinhaltet ist auch eine Abfrage zum Betrieb der Kindergärten wie z.B. die Öffnungs- und Schließzeiten und der Personalausstattung.

Zur inhaltlichen Arbeit der Kindergärten wird auf Programme und Projekte wie das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe, das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ und das Landesprogramm „Thür. Eltern-Kind-Zentren“ hingewiesen.

Abschließendes Ergebnis wird beurteilt, dass im Saale-Orla-Kreis eine flächendeckende und bedarfsgerechte Betreuung gewährleistet ist. Regionale Unterschiede bei der Versorgung mit Kita-Plätzen sind zum Teil vorhanden, diesen Engpässen wird in Zusammenarbeit mit den Trägern und Gemeinden entgegengewirkt.

Von den Ausschussmitgliedern wird Frau Schmidt für die umfangreiche Arbeit und die erfolgte Präsentation gedankt.

Auf die Nachfrage von Herrn Kleindienst zu negativen Auswirkungen durch die Coronapandemie auf die Kinder wird von Frau Lange informiert, dass keine Rückmeldungen zu Problemen vorhanden sind bzw. in den Kitas Möglichkeiten zur Betreuung gefunden wurden.

Aus Sicht der Träger wird von Frau Sinkwitz und Herrn Thieme bestätigt, dass die Situation im Kita-Bereich besser verlaufen ist als z.B. im Regelschulbereich.

Von Herrn Thieme wird hinterfragt, welche Kommunen bzw. in welcher Höhe aus dem Kita-Investprogramm Mittel erhalten haben und auf die knappe Maßnahmefrist bis 31.12. hingewiesen. Hierzu wird von Frau Krasser informiert, dass eine Verlängerung erfolgt.

Ebenfalls wird von Herrn Thieme auf die Differenz des Anspruches einer Betreuungszeit sowie den festgeschriebenen Fachkräfteschlüssel aufmerksam gemacht und für diese Problematik die Verantwortung beim Land gesehen. Weiter wird eindringlich auf den Fachkräftemangel bzw. die perspektivische Verstärkung des Problems hingewiesen, durch den die Abdeckung der Zeiten zunehmend schwieriger umzusetzen ist.

Von Herrn Kleindienst wird angeregt, das Thema an die Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes, im Landtag sowie den Landkreistag weiterzugeben, um eine Änderung in der Bemessung zu erlangen. Ggf. kann auch der Kreistag damit beauftragt werden.

Weitere Hinweise ergehen von Herrn Thieme zum Wegfall von Einrichtungen aus dem „Vielfaltprojekt“.

Hierzu erfolgen von Frau Lange, Frau Thieme und Frau Nielsen Erläuterungen zur Betreuung von Kindern mit Bedarfen in den Regeleinrichtungen sowie der damit einhergehenden Vorteile, den vorhandenen integrativen Plätzen, dem Vorlauf des Antragsverfahrens bzw. der Prozesse.

Die Auswirkungen des „Geburtenknicks“ auf die Schulnetzplanung werden von Herrn Müller hinterfragt. Zur Ausrichtung der „Sprach-Kitas“ wird informiert, dass bei den teilnehmenden Einrichtungen die Förderung von Fachkräften zur Sprachanregung für Kinder mit Integrationshintergrund erfolgt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt den fortgeschriebenen Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Saale-Orla-Kreises für das Kindergartenjahr 2021/22.“

**43-11/2021**

*Herr Heidrich und Frau Sinkwitz gehen um 18:45 Uhr.*

*Pause: 18:45 – 18:45 Uhr.*

**Zu TOP 7 Förderung von Einrichtungen und Diensten anerkannter Träger der Jugendhilfe - Förderebene 2**

### **Vorlage: J/029/2021**

Auf die Nachfrage von Herrn Kleindienst zum geringen Fördervorschlag für das Freizeitzentrum Pößneck wird von Frau Herrgott erläutert, dass der Antragsbestandteil WLAN nicht befürwortet werden kann, sondern nur die Zielgruppe anteilig eine Förderung erhält.

In der HH-Stelle stehen Restfördermittel zur Verfügung, so dass weitere Anträge gestellt werden können. Eine Antragsfrist besteht nicht. Mit entsprechenden Hinweisen wurden alle Gemeinden im März angeschrieben.

Von Herrn Thieme wird für die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder für die Abstimmung die Frage der Befangenheit gestellt.

Von Herrn Herrgott, Herrn Kleindienst und Frau Lautenschläger wird erklärt, dass dies nur im Fall eines unmittelbar persönlich Betroffenen z.B. Geschäftsführer, Vorstand zutreffend ist, nicht aber wenn es sich um eine „Gesamtinstitution“ handelt. Auf die Besonderheiten des Jugendhilfeausschusses mit seinen beratenden Mitgliedern wird hingewiesen.

Zu den aufgeführten Maßnahmeträgern wird von Herrn Herrgott seine Befangenheit erklärt und nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich  
bei 1 Stimmenthaltung  
und 1 Enthaltung aus Befangenheit**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass in der Förderebene 2 - Förderung anerkannter freier Träger Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit anerkannter freier Träger der Jugendhilfe mit einer Gesamtzuwendung in Höhe von 16.970,00 EUR im Haushaltsjahr 2021 gefördert werden (siehe Anlage).“

**44-11/2021**

**Zu TOP 8 Förderung von Einrichtungen sonstiger Träger der Jugendhilfe-  
Förderebene 3  
Vorlage: J/031/2021**

Zu den aufgeführten Maßnahmen wird von Herrn Thieme darauf aufmerksam gemacht, dass für den Jugendclub Schleiz aufgrund eines Wassereinbruchs hohe Betriebskosten entstehen bzw. keine Übernahme durch die Versicherung erfolgt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass in der Förderebene 3 - Einrichtungen der offenen Jugendarbeit sonstiger Träger der Jugendhilfe mit einer

Gesamtzuwendung in Höhe von 2.925,00 EUR im Haushaltsjahr 2021 gefördert werden (siehe Anlage).“

**45-11/2021**

**Zu TOP 9 Beschluss über jugendhilferelevante Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" Vorlage: J/026/2021**

Von Frau Nielsen wird auf die Ausführungen im Sachverhalt verwiesen. Seitens des Planungsbeirates liegt die Empfehlung vor, so dass es nun der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses bedarf.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Sport-Aktiv-Camps des Saale-Orla Kreissportbundes e. V. in den Herbstferien 2021 i. H. v. bis zu 1.919,00 EUR im Rahmen des Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ gemäß Empfehlung des Planungsbeirates.“

**46-11/2021**

**Zu TOP 10 2. Projektauftrag Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben**

Von Frau Nielsen wird über den Personalwechsel informiert, die zuständige Sachbearbeiterin Frau Steinmark ist wieder im Dienst.

Für die aus dem Landesprogramm zur Verfügung stehenden Fördermittel ist eine Erhöhung von ursprünglich 350 T€ auf 755 T€ erfolgt. Durch die vielen Anträge für verschiedenste Microprojekte ist ein hoher Arbeitsaufwand zu verzeichnen. Die eingereichten Projektskizzen sind positiv zu bewerten.

Bedingt durch die Coronapandemie ist teilweise die Durchführung nicht wie geplant erfolgt. Eine Ausschöpfung der vorhandenen Mittel ist bislang nicht erfolgt, so dass der Aufruf für die Einreichung weiterer Projekte ergeht.

**Zu TOP 11 Anfragen**

Auf die Nachfrage von Herrn Kleindienst zu erwartenden Veränderungen für die Kitas und Schulen mit Inkrafttreten der Corona-Verordnung zum 01.07. wird von Herrn Herrgott über die noch ausstehenden Beratungen auf Landesebene informiert. Von Frau Nielsen wird aus der gemeinsamen Videokonferenz mit dem Ministerium über die ergänzenden Hinweise von Seiten der Landräte berichtet.

Von Herrn Thieme wird um Informationen zum aktuellen Stand der Umsetzung der bildungsunterstützenden Ferienangebote gebeten.

Hierzu wird von Frau Krasser mitgeteilt, dass seitens der Verwaltung die Gemeinden angeschrieben wurden und eine Abstimmung mit dem Schulamt erfolgt ist. Von den

Schulsozialarbeitern, den Jugendarbeiter und dem Kreissportbund liegen unterschiedliche Angebote vor. Bis Anfang Juli wird von den Schulen die Meldung der Zahlen erwartet, teilweise fehlen noch die Beschlüsse der Schulkonferenzen.

Ergänzend werden von Frau Herrgott Beispiele positiver Rückmeldungen von Schulen und Angeboten von Vereinen zu verschiedenen Themen angeführt.

Hinweise auf den zunehmenden Mangel an Schwimmfähigkeit der Kinder bzw. der Möglichkeit, entsprechende Angebote mit einzubinden, erfolgen von Herrn Thieme. Zu dieser Problematik wird von Herrn Müller über die Bemühungen des Kreissportbundes zur Durchführung der Schwimmkurse berichtet. Es werden die Schwierigkeiten erläutert, geeignetes Personal mit der notwendigen Ausbildung zu finden bzw. die terminlichen Überschneidungen zu koordinieren. Aktuell sind Kurse für 140 Kinder geschaltet, der Bedarf liegt aber bei 250.

Ergänzend werden von Frau Thieme die Anforderungen an den Kursleiter benannt. Die Informationen hinsichtlich einer Durchführung laufen über die Schulen.

Zur im Vorfeld von Herrn Thieme gestellten Anfrage betreffend exzessiver Ausschweifungen von Jugendlichen insbesondere in Neustadt/Orla und Bad Lobenstein wird von Herrn Möller vorgeschlagen, einen Tagesordnungspunkt in der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen und dazu Vertreter der Polizei und der Träger einzuladen.

Hierzu wird von Herrn Thieme auf die bereits im November im Jugendhilfeausschuss erfolgte Behandlung der Thematik mit den genannten Gästen verwiesen. Aus seiner Sicht ist es von Vorteil, verstärkt Maßnahmen der Prävention anzugehen.

Für die genannten Bereiche wird von Frau Herrgott ein Zwischenstand der erfolgten Maßnahmen wie z.B. die Erhöhung der Präsenz der Jugendarbeiter genannt. Es wird eingeschätzt, dass bedingt durch die Kontaktbeschränkungen der Coronapandemie die Jugendlichen erst wieder aktiviert und motiviert werden müssten. Um dies zu erreichen, laufen Gespräche mit den Jugendhäusern.

Auch von Herrn Müller wird bestätigt, dass durch den Wegfall der mobilen Jugendarbeit die Treffen in den privaten Bereich oder Gelände verlagert wurde. Gemeinsam mit den Trägern sollte diskutiert werden, wie in Zukunft der Schwerpunkt auf die mobile Arbeit gelegt werden kann.

Von Frau Herrgott wird ergänzt, dass bei der Fortschreibung des Jugendförderplanes dieses Thema auch im Unterausschuss eine Rolle spielt.

Die Arbeit im Unterausschuss wird von Herrn Kleindienst bestätigt. Es wird die Meinung vertreten, dass Verbote von Treffpunkten etc. nicht zielführend sind, sondern besser in Gemeinschaftsarbeit die Problematik angegangen werden sollte.

Von Herrn Möller wird Frau Herrgott gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung über den aktuellen Stand der Brennpunkte zu informieren.

Im Zusammenhang mit dem Ausfall der Trainingsmöglichkeiten während der Pandemiezeit wird von Herrn Müller auf die Problematik des Wegfalls der Trainer/Betreuer aufmerksam gemacht. Für den Kreissportbund stellt sich damit die Herausforderung, einen Ehrenamtspool neu aufzubauen.

Auf die Anfrage von Herrn Thieme hinsichtlich der Planungen für die Jugendarbeit im Fall einer erneuten Welle von Coronaerkrankungen im Herbst wird von Frau Krasser informiert, dass die Gestaltung von der jeweiligen Verordnung abhängig ist, aber Angebote soweit wie möglich unterbreitet werden.

Von Herrn Herrgott wird bestätigt, dass die Thematik beim Ministerium vorgetragen wurde. Die Wichtigkeit der Jugendarbeit wurde verdeutlicht und darauf aufmerksam gemacht, dass

unter Beachtung der Hygienevorschriften Angebote dringend bereitzustellen sind und eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten ist.  
Ergänzend wird von Frau Herrgott ausgeführt, dass auch im zurückliegenden Jahr Möglichkeiten der Jugendarbeit in irgendeiner Form bestanden, diese Angebote angenommen bzw. gezielt auf die Personen mit Bedarf zugegangen wurde.

### **Zu TOP 12 Informationen/Sonstiges**

Unter Hinweis auf die im Zusammenhang mit der Zeitschiene der HH-Planung geänderten Termine der Kreistagssitzungen bedarf es auch der Änderung der vorgemerkten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses. Die Termine am **06.10.2021** und **01.12.2021** werden gebeten zu streichen.

Auf die unter TOP 5 erfolgte Diskussion zur erneuten Beratung der Satzung des Jugendparlaments wird verwiesen. Als neue Termine wird sich auf jeweils Mittwoch, den **22.09.2021** und den **24.11.2021** verständigt.

Herr Möller beendet um 20:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

**Cynthia Reller**  
Stellv. Ausschussvorsitzende  
(Sitzungsleitung bis TOP 2)

**Klaus Möller**  
Ausschussvorsitzender  
(Sitzungsleitung ab TOP 3)

**Beate Eismann**  
Schriftführerin